



LAG WfbM

Landesarbeitsgemeinschaft
Werkstätten für behinderte Menschen e.V.

LAG WfbM Sachsen-Anhalt e. V.

Leipziger Straße 90-92

06108 Halle (Saale)

+49 345 782 389 03

kontakt@lag-wfbm-sachsen-anhalt.de



PRESSEINFORMATION

4. Dezember 2024

Breites Bündnis will gegen Rechtsverordnungsentwurf auf die Straße gehen

Situation spitzt sich weiter zu: Protestmarsch und Kundgebung in der Innenstadt von Magdeburg

Knapp sieben Wochen nach der Demonstration mit mehr als 2000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern auf dem Magdeburger Domplatz geht der Protest gegen Kürzungen in der Eingliederungshilfe in eine neue Runde. Grund ist die Vorlage des Entwurfs einer Rechtsverordnung am 22. November. Sie soll den vom Land gekündigten Landesrahmenvertrag ab dem kommenden Jahr aufgrund bisher gescheiterter Neuverhandlungen zunächst ersetzen (Details siehe beigefügtem Handzettel). Der Blick in diese Verordnung macht deutlich, was seit Monaten wie ein Damoklesschwert über Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM), Wohnstätten, integrativen Kindertagesstätten und Frühfördereinrichtungen schwebt: Ab 2025 wird es dramatische Kürzungen zu Lasten der Unterstützungsangebote für Menschen mit Behinderungen geben. Eine bedarfsgerechte Versorgung wird so nahezu unmöglich!

Aus diesem Grund sammelt sich wiederholt ein breites Bündnis aus Werkstätten für behinderte Menschen, Wohneinrichtungen, Verbänden der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege, ambulanten Assistenzangeboten, privaten Anbietern sozialer Dienste, Integrativen Kindertagesstätten und Frühförderstellen aus ganz Sachsen-Anhalt in der Landeshauptstadt. Diesmal wird der Protest sich nicht auf den Domplatz beschränken, sondern in Form eines lautstarken Marsches durch die Innenstadt öffentlichkeitswirksam Präsenz zeigen. Der Marsch führt vom Domplatz aus an der Staatskanzlei vorbei und über den Breiten Weg zum Bahnhofsvorplatz (Willy-Brandt-Platz), wo eine Abschlusskundgebung geplant ist.

**Protestmarsch und Kundgebung
„Stoppt den Sozialabbau in der Behindertenhilfe!“**



LAG WfbM

Landesarbeitsgemeinschaft
Werkstätten für behinderte Menschen e.V.

LAG WfbM Sachsen-Anhalt e. V.

Leipziger Straße 90-92

06108 Halle (Saale)

+49 345 782 389 03

kontakt@lag-wfbm-sachsen-anhalt.de



PRESSEINFORMATION

4. Dezember 2024

10. Dezember 2024 | 11.00 Uhr | ab Domplatz Magdeburg

Warum der Protest?

Der Landesrahmenvertrag der Eingliederungshilfe regelt die Leistungen und Vergütungen, die von den Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen erbracht werden. Der Rahmenvertrag wurde vom Sozialministerium mit den Verbänden der Leistungserbringer im August 2019 geschlossen und im Frühjahr überraschend zum Jahresende gekündigt. Als Begründung war vorgebracht worden, die Ziele des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) und der UN-Behindertenrechtskonvention künftig besser umsetzen zu wollen.

Im Raum stehen nun aber vor allem empfindliche Personalkürzungen – in unterschiedlichen Leistungsbereichen zwischen 30 und 60 Prozent! Leistungsinhalte sollen hingegen unverändert bleiben. Es ist also aktuell – mitten im letzten Monat des Jahres 2024 - völlig unklar, auf welcher Leistungs- und Vergütungsbasis die Hilfen für Menschen mit Behinderungen ab dem 1. Januar 2025 erbracht werden sollen.

Was geschah nach dem ersten Protest?

Nach dem großen Protesttag am 24. Oktober gab es bis dato vier Ausschusssitzungen und ein Fachgespräch mit dem Titel „Persönliches Budget im Arbeitgebermodell“, zu dem das Referat Eingliederungs- und Sozialhilfe im zuständigen Ministerium von Petra Grimm-Benne eingeladen hatte. Am 21. November erhielten die Leistungserbringer dann überraschend den Entwurf einer Rechtsverordnung – mit Möglichkeit zur Stellungnahme bis 29. November.

Bereits mit Datum vom 8. November ging ein offener Brief an den Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt, Dr. Reiner Haseloff (Brief im Anschluss). Hierin bitten die Leistungserbringer dringend (!) um ein Krisengespräch, welches jedoch nicht zustande gekommen ist. Aus der Staatskanzlei hieß es mit Datum vom 25. November, man wolle „... Frau Ministerin Grimm-Benne erneut für Ihr Anliegen sensibilisieren.“



LAG WfbM

Landesarbeitsgemeinschaft
Werkstätten für behinderte Menschen e.V.

LAG WfbM Sachsen-Anhalt e. V.
Leipziger Straße 90-92
06108 Halle (Saale)
+49 345 782 389 03
kontakt@lag-wfbm-sachsen-anhalt.de



PRESSEINFORMATION

4. Dezember 2024

Haben Sie anlässlich des zweiten Protestes Interesse an Interviews, O-Tönen, etc.? Folgende Gesprächspartner stehen Ihnen vorab und vor Ort in Magdeburg zur Verfügung:

- Martin Schreiber, Vorsitzender der LAG WfbM Sachsen-Anhalt e. V., +49 176 100 105 06
- Andreas Löbel, Vorstandsmitglied der LAG WfbM Sachsen-Anhalt e. V. und Geschäftsführer der Lebenshilfe Harz-Kreis-Quedlinburg, +49 171 496 2866
- Doreen Schnee, Vorstandsmitglied der LAG WfbM Sachsen-Anhalt e. V. und Geschäftsführerin der Matthias-Claudius-Haus-Stiftung Oschersleben, +49 172 209 9379
- Andreas Twardy, Referent des Vorstands der LAG WfbM Sachsen-Anhalt e. V., +49 173 589 4160
- Antje Ludwig, Vorsitzende der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege im Land Sachsen-Anhalt e.V., +49 391 629 3420

Hintergrund:

Die LAG WfbM Sachsen-Anhalt setzt sich für die Förderung, Bildung und Betreuung von mehr als 11 500 Beschäftigten in landesweit 33 Werkstätten ein. Sie arbeitet auf Landes- und Bundesebene mit Verbänden und politischen Vertretungen zusammen. Die Beschäftigten haben in den Werkstätten Möglichkeiten zur Teilhabe am Arbeitsleben. Sie gehen unterschiedlichen Arbeiten in verschiedenen Bereichen nach. Ein wichtiger Bestandteil der Werkstatteleistung ist die individuelle Förderung.

Die Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) ist eine Einrichtung zur Teilhabe am Arbeitsleben für Menschen mit Behinderungen. Menschen, die wegen der Art oder Schwere ihrer Behinderung nicht, noch nicht oder noch nicht wieder auf dem Allgemeinen Arbeitsmarkt tätig sein können, erhalten hier eine angemessene berufliche Bildung und Beschäftigung. Die Werkstätten ermöglichen ihnen, ihre Leistungsfähigkeit zu entwickeln, zu erhöhen oder wiederzugewinnen und ein Arbeitsentgelt zu erzielen. In Deutschland sind aktuell etwa 320 000 Menschen in rund 700 anerkannten Werkstätten beschäftigt.

Unter dem Dach der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege im Land Sachsen-Anhalt sind alle gemeinnützigen Spitzenverbände sozialer Arbeit im Land organisiert: die AWO, die CARITAS, der PARITÄTISCHE, das DRK, die DIAKONIE und der Landesverband Jüdischer Gemeinden. Die Einrichtungen der Verbände unterstützen Kinder, Jugendliche und Familien, Menschen mit



LAG WfbM

Landesarbeitsgemeinschaft
Werkstätten für behinderte Menschen e.V.

LAG WfbM Sachsen-Anhalt e. V.

Leipziger Straße 90-92

06108 Halle (Saale)

+49 345 782 389 03

kontakt@lag-wfbm-sachsen-anhalt.de



PRESSEINFORMATION

4. Dezember 2024

Behinderung und organisieren soziale Hilfen sowie Gesundheitshilfen. Die Verbände repräsentieren etwa 30 000 ehrenamtliche und rund 65 000 hauptamtliche Mitarbeitende in mehr als 3 600 sozialen Diensten und Einrichtungen. Zu den privaten Verbänden zählen der Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste (bpa), die Arbeitsgemeinschaft Privater Heime und Ambulanter Dienste (APH) und der Verband Deutscher Alten- und Behindertenhilfe (VDAB).

LIGA der Freien Wohlfahrtspflege im Land Sachsen-Anhalt e. V.
Halberstädter Str. 98 • 39112 Magdeburg

Geschäftsstelle:
Halberstädter Straße 98
39112 Magdeburg
Telefon: 03 91/56 80 70
Telefax: 03 91/5 68 07 16
E-Mail: info@liga-fw-lsa.de
www.liga-fw-lsa.de

Staatskanzlei des Landes
Sachsen-Anhalt
Herrn Ministerpräsident
Dr. Reiner Haseloff
Hegelstraße 40 - 42
39104 Magdeburg

Ihre Zeichen

Ihr Schreiben vom

Unser Zeichen

Bearbeiter*in

Datum

10.10-2024

08.11.2024

Krisengespräch zur Situation in der Eingliederungshilfe

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Dr. Haseloff,

den beigefügten „Offenen Brief“ an Sie werden wir einer breiten Öffentlichkeit zur Verfügung stellen und um Unterstützung werben.

Wir bitten Sie schnellstmöglich um ein Krisengespräch, um die laufenden Verhandlungen zum Rahmenvertrag nicht aussetzen zu müssen und Klarheit für die Sicherung der Leistungen der Eingliederungshilfe ab 2025 zu erlangen.

Mit freundlichen Grüßen



Antje Ludwig
Vorstandsvorsitzende

Anlage

LIGA der Freien Wohlfahrtspflege im Land Sachsen-Anhalt e. V.
Halberstädter Str. 98 • 39112 Magdeburg

Geschäftsstelle:
Halberstädter Straße 98
39112 Magdeburg
Telefon: 03 91/56 80 70
Telefax: 03 91/5 68 07 16
E-Mail: info@liga-fw-lsa.de
www.liga-fw-lsa.de

Staatskanzlei des Landes
Sachsen-Anhalt
Herrn Ministerpräsident
Dr. Reiner Haseloff
Hegelstraße 40 - 42
39104 Magdeburg

Ihre Zeichen

Ihr Schreiben vom

Unser Zeichen

Bearbeiter*in

Datum

08.11.2024

Offener Brief: Aktuelle Krisensituation Eingliederungshilfe

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Dr. Haseloff,

der Landesrahmenvertrag (LRV) der Eingliederungshilfe wurde seitens des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung (MASGG) mit der Begründung gekündigt, dass bei einer Neuverhandlung die Ziele des BTHG und der UN-Behindertenrechtskonvention besser umgesetzt werden können. Mit einer Deinstitutionalisierungsstrategie würde beabsichtigt, die Selbstbestimmung und Teilhabe zu stärken, insbesondere solle die Ambulantisierungsquote verbessert und die Vermittlungsquoten im Bereich der Werkstätten für Menschen mit Behinderung erhöht werden. Für Menschen mit Behinderungen ändere sich gemäß der Erklärung des MASGG ausdrücklich ab dem 01.01.2025 nichts, sie erhielten weiter Hilfe und Unterstützung. Entsprechende Verhandlungen fanden seither in der „GK 131“ statt. Wir hatten parallel immer wieder darauf hingewiesen, dass die Zeitschiene nicht ausreiche, um die genannten Ziele zu bearbeiten und zu erreichen.

Wir befinden uns jetzt in der prekären Situation, in der völlig unklar ist, auf welcher Leistungs- und Vergütungsbasis die Hilfen für Menschen mit Behinderungen ab dem 01.01.2025 erbracht werden sollen. Während in der Sitzung des „GK 131-Ausschusses“ am 03.09.2024 noch in Aussicht gestellt wurde, die Vergütungsverhandlung der Entgelte ab dem 01.01.2025 auf Basis des bisherigen methodischen Ansatzes (Differenzmethode) zur Anwendung kommen zu lassen und parallel den LRV weiter zu bearbeiten, wurde in der Sitzung am 10.09.2024 wiederum das Ziel erklärt, für 2025 neue Leistungs- und Vergütungsvereinbarungen bereits auf Basis eines neuen Leistungssystems (Module) abzuschließen. Jedoch liegen bislang weder die dafür erforderlichen Leistungsinhalte noch Kalkulationsgrundlagen vor.

Nunmehr wurden in der Sitzung des „GK-Ausschusses“ vom 24.09.2024 Personalrichtwerte vorgelegt, die zu unserem Entsetzen eine Personalreduzierung in den unterschiedlichen Leistungsbereichen von 30 % - 60 % bedeuten würde. Soweit diese Personalrichtwerte in

...

dieser Form Eingang in die Verordnung finden, führt dies unweigerlich zu massiven Leistungsreduzierungen für Menschen mit Behinderung und zugleich zu Personalfreisetzen. Zudem ist bisher völlig unklar, wie damit die Zielstellung des Landes, individuellere Leistungen für Menschen mit Behinderungen anzubieten, gelingen soll. Es ist offen, welche Leistung dafür zu erbringen ist. Da die Leistungsinhalte grundsätzlich keine Änderungen erfahren sollen, wäre dies aber mit hälftigem Personal absurd zu gewährleisten.

Dementsprechend laut war die Empörung seitens der Menschen mit Behinderung, der Beschäftigten, der Trägerverbände und der Einrichtungen auf dem Protesttag „Stoppt den Sozialabbau in der Eingliederungshilfe“ am 24.10.2024 auf dem Magdeburger Domplatz. Frau Ministerin Petra Grimm-Benne hat auf dem Protesttag öffentlich verkündet, dass die Leistungs- und Vergütungsvereinbarungen auch über den 01.01.2025 hinaus fortgelten werden und Tariferhöhungen beim Personal Berücksichtigung finden. Dies sehen wir als verbindlich an.

Wir erklären hiermit, dass

- es absolut nicht nachvollziehbar ist, wie ohne jegliche Leistungsinhalte Personalmengen definiert werden können,
- es weder nachvollziehbar noch plausibel ist, wie die erklärten Ziele des Landes Sachsen-Anhalt mit diesen Personalrichtwerten umgesetzt werden sollen, da sie sogar im Widerspruch zur Zielstellung stehen,
- dieses Angebot völlig inakzeptabel ist und zudem einen Eingriff in die bestehenden Teilhaberechte von Menschen mit Behinderungen darstellt, deren Situation sich durch die Kündigung des LRV ja gerade verbessern sollte.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Dr. Haseloff,

wir möchten hiermit, wie in der Vergangenheit auch, in aller Deutlichkeit zum Ausdruck bringen, dass wir ein hohes Interesse an den Verhandlungen zur Neuausrichtung des Landesrahmenvertrages haben und an der Entwicklung und Umsetzung der Deinstitutionalisierungsstrategie gestaltend mitarbeiten werden. Jedoch sind hierzu gemeinsam entsprechende Voraussetzungen zu schaffen.

Es verstetigt sich aufgrund des Verhandlungsgeschehens massiv der Eindruck, dass es nicht um die Weiterentwicklung des LRV, sondern schlicht um Kosten- und Leistungskürzungen zu Lasten der Menschen mit Behinderungen geht. Zudem sorgt dieses Vorgehen für eine unverantwortliche Verunsicherung der Beschäftigten im Arbeitsfeld der Eingliederungshilfe.

Wir fordern deshalb,

- zur Sicherstellung der Unterstützung von Menschen mit Behinderungen kurzfristig Planungssicherheit ab dem 01.01.2025 herzustellen, die verwaltungs- und schiedsstellenschonend die Leistungs- und Vergütungssicherheit unter Berücksichtigung der Tarifsteigerungen garantiert,
- parallel die Verhandlungen zur Neuausrichtung des Landesrahmenvertrages in der Form fortzusetzen, dass die zuvor durch das Sozialministerium öffentlich erklärten Ziele auch tatsächlich untermauert werden. Dazu gehört zwingend, rechtlich und politisch die Voraussetzungen zu schaffen und die Abkehr von bisherigen Strukturen in kurz-, mittel- und langfristige Prozessschritte zu gliedern.

Wir stehen jederzeit für die notwendige Gestaltung der Prozesse der Transformation und

...

damit verbundener Organisationsentwicklung zur Verfügung. Wir werden jedoch eine Leistungskürzung zu Lasten der Menschen mit Behinderung und damit einhergehend Verschlechterung ihrer Teilhabechancen nicht hinnehmen. Wir können eine verantwortungsvolle Leistungserbringung, deren Sicherstellung eine Pflichtaufgabe des Landes ist, nur dann wahrnehmen, wenn auch die Rahmenbedingungen verantwortungsvoll und planbar und im Interesse und nach den Bedarfen und Bedürfnissen der Menschen mit Behinderung sowie der die Unterstützung anbietenden Leistungserbringer gestaltet werden.

Wir bitten Sie dringend um ein Krisengespräch.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'A. Ludwig', written in a cursive style.

Antje Ludwig
Vorstandsvorsitzende